

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

115 (3.6.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-spaltige Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 3. Juni 1950

St. 115

Bundestag fordert Lastensenkung

Für baldige Senkung der Besatzungskosten und der großen Verbrauchssteuern

Bonn (UP). Mit großer Mehrheit setzte sich der Bundestag erfolgreich für den Abbau drückender finanzieller Belastungen ein, als er von den Besatzungsmächten eine Überprüfung der Besatzungskosten und vom Finanzminister eine Senkung der großen Verbrauchssteuern verlangte. Mit der fast einstimmigen Billigung eines Antrages des außenpolitischen Ausschusses ersuchte der Bundestag die Regierung, mit den Alliierten über Einschränkungen in den Besatzungskosten zu verhandeln und den Versuch zu unternehmen, ein festes Besatzungsbudget von den Westmächten zu erlangen.

Als Berichterstatter regte der Abgeordnete Pfeifferer an, die Besatzungskosten in eine feste Relation zu den Ausgaben des ordentlichen Haushalts zu bringen. Andere Sprecher rügten die hohen Lasten durch die Besatzung und wiesen darauf hin, daß die Reparationsleistungen zur Zeit der Weimarer Republik kaum die Hälfte der heutigen Ausgaben betragen hätten. Den Besatzungsmächten wurde vorgeworfen, daß diese Politik den „Kommunisten eine Chance“ gegeben habe. Die KPD setzte sich übrigens auch in dieser Debatte wieder für den Abzug der Besatzungstruppen ein.

Vorher hatte der Bundestag in überraschender Einmütigkeit gegen den Finanzminister die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Senkung der Tabak-, Tee- und Kaffeesteuer bis zum 1. August dieses Jahres verlangt. Ein schließlich der Regierungskoalition waren sich alle Sprecher in der Diskussion gegen den Finanzminister in der Auffassung einig, daß eine Senkung der großen Verbrauchssteuern das beste Mittel gegen den ständig steigenden Schmuggel sei. „Ich finde mich im strikten Gegensatz zu der Politik des Finanzministers. Ungesunde Steuerpolitik ist ein Fehler der Regierungspolitik“, sagte der DP-Abgeordnete Ewers als Sprecher der Regierungskoalition.

Bundesfinanzminister Schäffer wandte ein, daß der Schmuggel auch auf andere Weise bekämpft werden könne und meinte, daß er die Unterlagen für eine derartige Steuersenkung erst beschaffen müsse.

Das Plenum hatte seine Arbeiten am Vormittag mit der Aufhebung der Immunität des CDU-Abgeordneten Schröter begonnen, dem von der Landesregierung von Schleswig-Holstein der Versuch der Erpressung vorgeworfen worden war. Dieser Beschluß hatte kurz vor Beendigung der Beratungen noch ein Nachspiel, als sich ein SPD-Sprecher gegen eine „eigenmächtige Pressenotiz Schröters“ wandte, in der dieser die Behauptung aufgestellt habe, daß er selbst die Aufhebung der Immunität verlangt habe, um sich gegen die „sozialdemokratischen Beschuldigungen“ zur Wehr zu setzen.

Der Bundestag erfuhr ferner: 1. daß über sieben Prozent aller Bundesbediensteten schwerbeschädigt sind und daß noch mehr Arbeitsplätze für Schwerbeschädigte geschaffen werden sollen. 2. daß ein Bundespressegesetz erst im Herbst zu erwarten sei. Er beschloß, die Senkung der Zigarettensteuer gesetzlich zu verankern, verabschiedete einen Antrag, in dem von der Bundesregierung Maßnahmen gegen die Beimengung schädlicher Farbstoffe in Nahrungsmitteln verlangt werden, und verwies verschiedene andere Anträge und Gesetzentwürfe an die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Beratung.

Vom Bundesrat gebilligt

Der Bundesrat hat mit 24 gegen 19 Stimmen den Entwurf eines Gesetzes über den Vertrieb jugendgefährdender Schriften angenommen. Unter den Ländern, die den Entwurf ablehnten, befanden sich Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg. Der Vertreter von Rheinland-Pfalz forderte noch eine Erweiterung der Vorlage, die sich auch auf die Literatur der „Nacktkultur-Bewegungen“ erstrecken sollte.

Nach dem Entwurf sollen alle Schriften, die „Jugendliche sittlich gefährden könnten“, registriert werden. Sie dürfen nur in geschlossenen Geschäftsräumen verkauft werden. Über die Registrierung entscheiden „Landesprüfstellen“. Beschwerden gegen die Aufnahme in diese Listen können bei einer Prüfstelle des Bundes vorgebracht werden.

Entgegen den Vorschlägen des Bundeslandwirtschaftsministers beschloß der Bundesrat eine Einfuhrstelle für Fleisch und Vieh zu schaffen, die zu stabilen Preisverhältnissen auf dem Inlandmarkt beitragen soll. Diese Stelle erhält zur Durchführung ihrer Aufgaben das Recht, am Inlandmarkt für jedes Rind bis zu 4.50 DM, für ein Schwein bis zu 3 DM und für ein Schaf oder Kalb bis zu 1.50 DM Ausgleichsabgabe zu erheben. Die Abgabe trifft den Erzeuger. Fleischimporteure können bis zu 0.93 DM je Kilogramm importiertes Fleisch zu Abgabe herangezogen werden.

Keine Kabinettsitzung

Die vorgesehene Sitzung des Bundeskabinetts mußte ausfallen, da der Bundeskanzler noch nicht in der Lage war, an den Beratungen teilzunehmen. Nach dem Urteil des behandelnden Arztes befindet sich Adenauer

weiter auf dem Wege der Besserung, wobei allerdings betont wird, daß er nach wie vor größter Schonung bedürfte.

Für größere persönliche Freiheit

Brief der Hohen Kommissare an Länderchefs
Bonn (UP). Größere Freiheiten bei der Berufswahl und Beachtung der im Grundgesetz verankerten persönlichen Freiheiten forderten die alliierten Hohen Kommissare in Briefen an die elf Ministerpräsidenten der Länder der Bundesrepublik, deren Wortlaut jetzt veröffentlicht wurde. Gleichzeitig übermittelten sie alliierte Grundsätze über die Gewerbefreiheit, um deren Beachtung sie nachsuchen.

Grundsätzlich solle Jedermann das Recht haben, sich seinen Beruf ungehindert selbst auszusuchen und ihm ohne Beschränkung nachzugehen. Dieses Recht dürfe weder durch Gesetze noch durch Regierungsanordnungen eingeschränkt werden. Lediglich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, der Gesundheit und der öffentlichen Wohlfahrt könnten nach Meinung der Hohen Kommissare bestimmte Verordnungen erlassen werden. Prüfungen sollten nicht dazu angetan sein, die Ausübung eines Berufes unmöglich zu machen, es sei denn, daß diese Prüfungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Gesundheit oder Wohlfahrt dienen.

„Silberstreifen am Horizont“

Vor Einigung über Mitbestimmung?

Bonn (UP). Die letzten Verhandlungen des Bundesarbeitsministers mit den beiden Sozialpartnern — Arbeitnehmern und Arbeitgebern — mit dem Ziel einer Einigung über das Mitbestimmungsrecht verlaufen, wie in Bonn verlautet, hoffnungsvoll. Die Besprechungen begannen im Bonner Arbeitsministerium und dauerten bis in den späten Abend. Ein Konferenzteilnehmer sprach von einem „Silberstreifen am Horizont“.

Die Verhandlungen sollen einer Einigung über die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft in den Betrieben dienen.

USA und Kanada eingeladen

Pariser OEEC-Tagung eröffnet

Paris (UP). In der französischen Hauptstadt begann die Tagung des Ministeraus-

schusses der europäischen Wiederaufbaubehörde (OEEC), an der Kabinettsminister von 18 Marshallplanstaaten teilnehmen. Der Ministerausschuß beschloß, die USA und Kanada um die Entsendung von offiziellen Vertretern zu den Sitzungen der OEEC zu ersuchen. In unterrichteten politischen Kreisen sieht man darin einen weiteren Schritt in Richtung der Gründung einer internationalen Wirtschaftsorganisation, die nach Ablauf des Marshallplans (1952) weiterbestehen würde. Bisher waren die USA nur durch einen Beobachter, Kanada überhaupt nicht vertreten. Die Minister nahmen ferner einen Bericht über die europäische Zahlungsunion entgegen.

„Selbst unter den günstigsten Voraussetzungen“, heißt es in dem Bericht wörtlich, „wird die Situation im Jahre 1952 noch immer unsicher und unbefriedigend sein. In vielen europäischen Ländern dürfte der Lebensstandard der Bevölkerung nach wie vor sehr niedrig liegen, selbst für den Fall, daß die Lebensbedingungen der Vorkriegszeit wieder hergestellt werden könnten.“ An die 18 Mitgliedsstaaten der OEEC gewendet, plädiert der Bericht für eine gemeinsame Lösung der Probleme, da die „Schwierigkeiten wesentlich leichter überwunden werden können, wenn sich alle Staaten geschlossen dieser Aufgabe widmen, statt einzeln an sie heranzugehen.“ Weiter wird in dem Bericht vorgeschlagen, daß der Ministerrat die allgemeine wirtschaftliche Situation in Europa zwei oder dreimal im Jahr gemeinsam überprüft, wobei zugleich jeder Mitgliedsstaat einen Bericht über die in diesen Zeiträumen erzielten Fortschritte vorlegen müsse.

Für konstruktive Saarlösung

Vorschlag der Kopenhagener Konferenz

Kopenhagen (UP). Sämtliche Delegationen der Sozialistenkonferenz in Kopenhagen nahmen eine Entschließung an, in welcher sie die OEEC und den Europarat auffordern, „eine konstruktive Lösung des Saarproblems als einer europäischen Frage von hervorragender Bedeutung“ zu suchen. Die Konferenz sei nicht der Ansicht, heißt es weiter, daß die vollkommene Integration der Saarwirtschaft in die französische Wirtschaft eine unaußweichliche Notwendigkeit sei und schlage vor, die Verwaltung des Saargebietes einer internationalen europäischen Behörde zu unterstellen.

Baden und der Bund

Die Bedeutung des Präsidentenbesuchs in Karlsruhe

Bei seinem Staatsbesuch in Karlsruhe bezeichnete es Bundespräsident Prof. Heuß als seine Aufgabe, Beziehungen zu den Ländern und Städten herzustellen und ihre Mitwirkung in einem werdenden neuen Deutschland zu erleichtern. An dem herrlichen Frühsommerabend des 1. Juni, den der Bundespräsident und seine Begleitung in der heute noch mit vielen gesamtbadischen Einrichtungen ausgestatteten Landeshauptstadt verbrachte, bot sich eine besonders glückliche Gelegenheit, ein Gesamtbild des Badenerlandes zu gewinnen. Bei dem hohen Gast war noch die frische Erinnerung an die städtischen Tage lebendig und in Karlsruhe versammelten sich um ihn Hunderte von maßgebenden Männern und Frauen aus Verwaltung, Wirtschaft und Kultur des nordbadischen Raumes. Kurz vor dem Abschied sprach es der Bundespräsident aus, daß dieser Besuch keineswegs nur ein Schnörkel zu dem Empfang in Stuttgart sei. Im Verlauf der Ansprachen und Gespräche, die diesen letzten Tag der Länderbesuche des Bundespräsidenten füllten, kam auch von seiner Seite immer wieder eine uneingeschränkte Anerkennung für das badische Land und die Badener zum Ausdruck.

Zu etwas Organischem entwickelt

Vor allem erkannte Prof. Heuß an, daß Baden einen ungeheuren starken Beitrag zum deutschen Bewußtsein geleistet habe, nämlich durch den Freiheitskampf und durch das Einheitsbekenntnis. Ein badischer Vorfehrer des Bundespräsidenten war an dem Geschehen von 1848/49 beteiligt. Prof. Heuß bestätigte auch, daß das unter Napoleon anscheinend künstlich zusammengefügte Land sich zu etwas Organischem entwickelt habe und von den Seelen seiner Bewohner als solches empfunden werde. Es werde weiter wachsen, wenn es nicht im Kleinen verknüpft, sondern im Großen mitlebt. 1918 und jetzt sei das badische Land aus seinem organischen Zusammenhang am Oberrhein herausgerissen worden.

Der Bundespräsident vermißt es, zur Frage der Landesgrenzen eingehend Stellung zu nehmen, aber trotzdem war diese Frage bei allen Worten, die gewechselt wurden, spürbar. Er nahm für sich in Anspruch, sich dazu eine eigene Meinung zu haben und gegenüber seinen altbadischen Kritikern meinte er, daß es im Land des Palzdichters Nadler sowie Scheffels und Eichrods möglich sein müsse, mit Humor zu sprechen. Er gab den guten Rat, durch diese Auseinandersetzungen es uns nicht schwerer zu machen, als es aus der Lage der Interessen und aus seelischen Bindungen schon sei. Er appellierte an den Geist der badischen Höflichkeit, die

ja eigentlich stärker sei als die schwäbische. Wenn der Bundespräsident allerdings die deutschen Länder mit kleinen Steinen verglich, die in das Mosaik Europas eingetaugt werden sollen, wenn er meinte, daß ein ganz kleiner Stein eigentlich nur ein Stäubchen sei, während wir doch ein gestaltetes Bild mit einem eigenen Wert wünschten, dann werden ihm sehr viele Badener antworten, daß sie mit der Größe des badischen Edelsteins durchaus zufrieden sind und sich keineswegs als schon zu Staub zerzmahlen betrachten.

Neue Erkenntnisse aus der Selbstverwaltung

Der Bundespräsident sagte in seinem liebenswürdig-kollegialen Gespräch mit den badischen Journalisten, daß er bei seinen Länderbesuchen schon sehr viele Anregungen mitgenommen habe. Wir sind überzeugt, daß auch dieser nordbadische Tag in Pforzheim und Karlsruhe durch die Fülle des unmittelbaren Gedankenaustausches ihm manches Neue von Baden gesagt hat, das man wohl doch nicht (wie Finanzminister Kaufmann es getan hat) als „Randgebiet“ eines größeren Landes bezeichnen kann. Die Mahnung des Bundespräsidenten, gerade in dieser Frage einander nicht als Feinde anzusehen, sondern höchstens als Gegner oder noch besser als Partner des gemeinsamen Schicksals, wird gewiß im ganzen badischen Land freudig begrüßt werden und dazu beitragen, die Atmosphäre zu entgiften. Prof. Heuß ließ kaum einen Zweifel darüber, daß er mit der Meinung hierher kam, der Südweststaat sei die vernünftiger Lösung. Aber seine Abschiedsworte ließen erkennen, daß er von der wirklichen Meinung des Volkes in Baden ganz genau unterrichtet sein möchte.

Es wird eine schöne Aufgabe der badischen Zeitungen sein, in feiner Aussprache dieses Thema weiter zu klären und damit auch den führenden Männern des Bundes neue Erkenntnisse aus der sich von unten nach oben entwickelnden Selbstverwaltung der Gemeinden und Länder vermitteln. Mit ehrlichem Beifall stimmen auch die badischen Gesprächspartner dem ersten Repräsentanten der deutschen Bundesrepublik zu, als er seiner Überzeugung Ausdruck gab, auch bei uns viele Freunde gewonnen zu haben. In dem freudigen Empfang durch die Bevölkerung, so sagte er, schwingt das Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Schicksal (und damit auch zu Europa) mit. Wenn sich die Verfechter der beiden Lösungen für die Landesgrenzenfrage diesen guten Willen gegenseitig unterstützen, dann wird der Besuch von Bundespräsident Heuß bei uns in Baden großen Segen gestiftet haben. J. L.

Neuer Akt im deutschen Drama

Von Willi Schickling

Vier Ereignisse und Entwicklungen verliehen dem Geschehen um Deutschland in der Woche nach Pfingsten eine neue dramatische Note:

1. Die „Machtergreifung“ in Berlin fand nicht statt, aber der Aufmarsch der FDJ rief in der Welt unangenehme Erinnerungen wach. „Nur Hitler hat noch gefehlt“, meinte „Populaire“, das Organ der französischen Sozialisten, zu der Berliner Pfingstparade und charakterisierte damit die Befürchtungen, die sich in einem großen Teil der Weltöffentlichkeit angesichts des Aufgebots von einigen Hunderttausend uniformierten Jugendlichen in Deutschlands ehemaliger Hauptstadt aufdrängten. Neben der Befriedigung darüber, daß ernsthafte Ausschreitungen vermieden werden konnten, klang aus allen alliierten Erklärungen zu diesem Ereignis die Warnung: die Gefahr ist noch nicht überbort.

2. Der „Kalte Krieg“ in Deutschland geht weiter. Die maßgebenden Sprecher der Deutschen Demokratischen Republik zeigten nicht die geringste Neigung, den Vorschlag des Westens auf freie Wahlen in ganz Deutschland ernsthaft zu diskutieren. Gleichzeitig besagten Nachrichten, die dem Foreign Office in London auf diplomatischem Wege zugehen, daß man sich in Moskau offenbar mit dem Gedanken trage, den Ostblock mit ähnlichen Organisationen zur Weiterführung des „Kalten Krieges“ auszustatten, wie sie der Westen in den Körperschaften des Atlantikpaktes besitzt. Bei der Zusammenfassung der wirtschaftlichen und politischen Machtmittel der von Moskau abhängigen Staaten dürfte auch der Ostzone Deutschlands eine entsprechende Rolle zugeordnet sein. Möglicherweise bereitet der Krenl in Verbindung damit das Ende des Kriegszustandes mit der Deutschen Demokratischen Republik vor.

3. Auch Achensovs Erklärung über Deutschland, die er in dieser Woche vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses abgab, drehte sich um den formellen Abschluß des Krieges. Der amerikanische Staatsmann meinte, die Außenminister hätten auf der letzten Londoner Konferenz den Weg zu einer Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Alliierten und Deutschland geobnet. „Die neue Atmosphäre“, so sagte er, „die durch den Schumanvorschlag und durch andere Entschlüsse der Konferenzen entstanden ist, kann viel dazu beitragen, den Wiederertritt Deutschlands in die freie westliche Gemeinschaft zu erleichtern, der ein erklärtes politisches Ziel der westlichen Besatzungsmächte in Deutschland ist.“

4. Der Eilan, mit dem Frankreich und Westdeutschland an die Verwirklichung des Schumanplans herangehen wollen, wurde freilich durch die betonte Zurückhaltung Großbritanniens etwas beeinträchtigt. Mit bemerkenswerter Entschlossenheit bereitet man in Paris eine Konferenz aller interessierten Staaten über diesen Plan vor, mit dessen Grundideen sich Westdeutschland, Italien und die Benelux-Staaten bereits einverstanden erklärt haben. Die Weigerung Londons, dem Grundgedanken des französischen Vorschlags — Zusammenfassung der europäischen Kohlen- und Stahlindustrien unter einer überstaatlichen Behörde — bereits jetzt zuzustimmen, hat zu einer Kontroverse geführt, die möglicherweise das Tempo der Verwirklichung beeinträchtigen könnte. In britischen Regierungskreisen wird zugegeben, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und Frankreich tiefgehender Natur seien. Zwischen Außenminister Schuman und dem britischen Botschafter in Paris, Sir Harvey, sei es im Zusammenhang mit dem Notenwechsel der letzten Tage zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen. Angesichts der französischen Entschlossenheit, die für den 15. Juni vorgesehene Konferenz unter allen Umständen durchzuführen, scheint man in London über die Möglichkeit bestürzt, daß Paris im Einverständnis mit Bonn ohne Großbritannien vorgehen könnte.

Trotz dieser keineswegs leicht zu nehmenden Schwierigkeiten ist andererseits jedoch kaum damit zu rechnen, daß die britische Zurückhaltung einen Plan zum Scheitern bringen wird, der zu beiden Seiten des Ozeans einen so ungewöhnlich starken Widerhall fand und der in weiten Kreisen Deutschlands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und sogar Englands selbst als die große Hoffnung der westlichen Welt angesehen wird, die angesichts einer unvermindert mächtigen Bedrohung nach wirtschaftlicher und politischer Einigung strebt.

Streiks in London. Durch fünf inoffizielle Streiks, an denen sich bis jetzt 1000 Arbeiter beteiligten, sind in den Londoner Docks, bei der Eisenbahn, in Kraftwerken und in der Bauindustrie kostspielige Verzögerungen eingetreten.

General Swoboda verhaftet?
6 Geständnisse im Prager Hochverratsprozess
 Berlin (UP). Ein westlich-licenzierter „Berliner Anzeiger“ berichtet, daß General Swoboda, der bis vor kurzem das Amt des tschechoslowakischen Verteidigungsministers bekleidete, in der vergangenen Woche in Prag verhaftet worden sei. Die Leitung seines Büros sei vorübergehend von einem Major der sowjetischen Geheimpolizei (MWD) übernommen worden. Der „Berliner Anzeiger“ will entsprechende Informationen von tschechoslowakischen Teilnehmern am FDJ-Pfingsttreffen erhalten haben.

Im Hochverratsprozess gegen die 13 tschechoslowakischen Staatsangehörigen haben sich, wie aus Prag verlautet, drei weitere Angeklagte, die ehemaligen Parlamentsabgeordneten Zemina und Freucil, sowie der frühere Polizeioffizier Buchal schuldig bekannt, gegen die tschechoslowakische Volksrepublik und ihre Gesetze gearbeitet zu haben. Damit gestanden sie jetzt sechs der dreizehn Angeklagten ihre Schuld ein.

„Mann der Sowjetunion“
 Der wegen Hochverrats angeklagte jugoslawische Oberst Dapchevic gab, wie aus Belgrad gemeldet wird, im weiteren Verlauf des Prozesses zu, daß er der Sowjetunion Daten über die jugoslawische Armee übermitteln habe. Auf die Frage, ob er sich des Hochverrats, der Spionage und Fahnenflucht schuldig bekenne, entgegnete er jedoch: „Nein, denn ich habe mich stets als einen Mann der Sowjetunion betrachtet, auch als ich Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens wurde.“ Der andere Angeklagte, Generalmajor Petrichovic, hat sich in allen Anklagepunkten schuldig bekannt.

Leopolds Ratgeber siegessicher

Belgische Wahlen zugunsten des Königs?
 Brüssel (UP). „König Leopold wird dem belgischen Thron bestiegen, ohne sich auf weitere Verhandlungen einzulassen, wenn die Parteien seinen Kompromißvorschlag über die Beauftragung seines Sohnes Baudouin nicht annehmen“, erklärte der politische Ratgeber des Königs, Pirenne, in einem Interview mit der monarchistischen Zeitung „Nouvelle Gids“. Pirenne scheint es dabei als selbstverständlich anzusehen, daß die am Sonntag stattfindenden Wahlen zugunsten des Königs ausgehen werden. In politischen Kreisen Brüssels legt man seine Erklärung dahingehend aus, daß der König, entgegen früheren Gerüchten, auch mit der Unterstützung nur einer Partei den Thron wieder besteigen, und daß er die Bildung eines rein katholischen Kabinetts zustimmen werde, wenn die Christlich-Sozialen die Mehrheit in beiden Häusern erhalten.

Bei der Abstimmung vom 12. März wurden 57,6 Prozent der Stimmen für eine Rückkehr des Königs abgegeben. Da sich nur die Christlich-Sozialen eindeutig für die Rückkehr des Königs einsetzten, kann die nahezu 18prozentige Steigerung der Stimmen für die Rückkehr des Königs (gegenüber dem bisherigen Prozentsatz für die Christlich-Sozialen) als ein Anzeichen dafür gewertet werden, daß diese ohnehin stärkste Partei des Landes einen Stimmengewinn verzeichnen wird. Mit einem relativ geringen Zuwachs könnte sie die absolute Majorität erhalten und damit die Königsfrage klar im Sinne einer Rückkehr des Königs entscheiden.

Trotz der allgemein festzustellenden Wahlmüdigkeit wird eine hohe Wahlbeteiligung erwartet, da in Belgien Wahlrecht gleich Wahlpflicht ist. Wer nicht an den Wahlen teilnimmt, muß eine Strafe von 150 Franc zahlen. Im Wiederholungsfalle können einem solchen „Wahlständer“ die bürgerlichen Rechte entzogen werden.

Militärparaden in ganz Italien

Der vierte Jahrestag der Republik
 Rom (ZHS). In Italien fanden zur Feier des vierten Jahrestages der Gründung der italienischen Republik in zahlreichen Städten die größten militärischen Paraden seit Kriegsende statt. In Rom wurde der Verbleibmarsch von dem Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett abgenommen. Die Truppen hatten größtenteils britische oder amerikanische Ausrüstung.

Kriegsrat beriet Angriff auf Formosa

Moskau prophezeit Teichiang den Strang
 Hongkong (UP). In einem Bericht aus Kanton wird festgestellt, daß dort hohe Offiziere der chinesisch-kommunistischen Armee zusammengetroffen seien, um über die Durchführung eines Angriffes auf Formosa zu beraten. Die Konferenz sei streng geheimgehalten worden und habe zwölf Stunden gedauert. Die vor kurzem abgegebene Erklärung Teichiangkaischeks, daß er in den Freitod gehen werde, wird von Radio Moskau als „der erste weise Entschluß seines Lebens“ bezeichnet. Teichiangkaischek tue gut daran, ihn rechtzeitig auszuführen, da er sonst „als Kriegsverbrecher geblüht“ werde.

Etwa 200 000 Beweher Süd- und Zentralchinas, in erster Linie Fischerbeiter, werden gegenwärtig auf Befehl kommunistischer Behörden in die Mandchurei umgesiedelt.

Geheimkonferenz in Ottawa

Erfahrungen der Arktis-Manöver erörtert?
 Ottawa (UP). Führende kanadische, britische und amerikanische Verteidigungsexperten trafen in Ottawa am Donnerstag zu einer Konferenz zusammen. Die Tagung wurde so geheim gehalten, daß von seiten keines Landes überhaupt bestätigt wurde, daß eine Konferenz stattfände. Die USA waren durch den bekannten Polarforscher Wilkins vertreten. Unterrichtete Kreise erklären, daß die Sachverständigen die Erfahrungen der arktischen Manöver des vergangenen Winters diskutierten.

Leichte Besserung im Befinden Smuts. Das Befinden des an Lungenerkrankung erkrankten 80jährigen Feldmarschalls Smuts hat sich leicht gebessert.

Verstärkung der Bundespolizei?

Adenauer forderte 25 000 Mann - London meldete angeblich Genehmigung von Fünftausend Washington: Noch keine Entscheidung getroffen - Hohe Kommissare prüfen die Frage

Washington (UP). Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte, die Frage einer Verstärkung der westdeutschen Polizei sei auf der letzten Außenministerkonferenz der drei westlichen Großmächte in London zwar aufgeworfen worden, und habe aber keine Entscheidung getroffen. Die Angelegenheit sei den Hohen Kommissaren zur Prüfung überwiesen worden.

Ein zweiter Sprecher ergänzte diese auf einer Pressekonferenz abgegebene Erklärung, indem er feststellte, daß die drei westlichen Großmächte vor der Londoner Außenministerkonferenz einen Brief des Bundeskanzlers Adenauer erhalten hätten, in dem dieser um die Genehmigung zur Aufstellung einer Bundespolizei in Stärke von 25 000 Mann ersucht habe. Dieser Brief sei vor dem Außenministertreffen nicht beantwortet worden und auf gemeinsamen Beschluß der Außenminister der Hohen Kommissare zur Bearbeitung weitergeleitet worden.

Beide Erklärungen beziehen sich auf eine wenige Stunden vorher veröffentlichte Meldung aus London, die folgenden Wortlaut hatte:

„Die USA, Großbritannien und Frankreich sind — so wird in politischen Kreisen Londons bekannt — übereingekommen, der Bundesregierung in Bonn die Aufstellung einer Bundespolizei in Stärke von mehreren tausend Mann zu gestatten. In den genannten Kreisen Londons wird in diesem Zusammenhang jedoch mit Nachdruck betont, daß dieser Beschluß der drei westlichen Besatzungsmächte keine Antwort auf die Bildung der „Volkspolizei“ in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands darstelle, gegen die die Westmächte bekanntlich Protest eingeleitet haben. Die Westmächte hätten — so wird weiter betont — nur deshalb der Bildung einer Bundespolizei zugestimmt, um das Ansehen der Bundesregierung zu stärken und um der Bundesregierung ein Instrument zur Sicherung der inneren Ordnung in die Hand zu geben.“

Die drei Hohen Kommissare der Westmächte wurden von diesem Beschluß der Regierung in Kenntnis gesetzt und beauftragt, mit der deutschen Bundesregierung Verhandlungen über Einzelheiten der Bildung dieser Bundespolizei aufzunehmen. Im Laufe des Monats Juni soll in Bonn mit diesen Verhandlungen begonnen werden. Es wird angenommen, daß die Bundespolizei etwa 5000 Mann stark werden wird. Die Bewaffnung dürfte vermutlich aus leichten Waffen einschließlich leichter Schnellfeuerwaffen bestehen. In politischen Kreisen Londons wird ferner angedeutet, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer die Westmächte wiederholt um die Erlaubnis zur Bildung einer solchen Bundespolizei gebeten habe.

In einer späteren, über den Londoner Rundfunk gegebenen Meldung heißt es: „In Washington wurde bekanntgegeben: Die drei Westmächte prüfen zur Zeit einen Vorschlag, in der deutschen Bundesrepublik eine Polizeitruppe von 25 000 Mann zu schaffen. Der Vor-

schlag wurde den Westmächten von Bundeskanzler Adenauer unterbreitet und von den Außenministern auf ihrer Londoner Konferenz erörtert. Es wurden damals aber keine Beschlüsse gefaßt. Die Angelegenheit wurde jetzt den drei Hohen Kommissaren in Deutschland überwiesen. Sie sollen den Vorschlag prüfen und sich darüber äußern, ob eine Polizeitruppe von Wert ist, und wenn ja, welche Stärke sie haben soll.“

Überraschung in Bonn

Soweit die Meldung aus London, die in Bonn große Überraschung auslöste. Weder im Bundesinnenministerium, noch im Bundespressesamt war von einem solchen Schritt etwas bekannt. Außer dem Bundeskanzler scheint auch keine der beteiligten Bundesbehörden etwas von einem entsprechenden Ersuchen Adenauers an die Westmächte gewußt zu haben. Der Kanzler ließ der United Press von seinem Krankenzimmer durch seine Sekretärin erklären, daß er sich augenblicklich zu diesen Nachrichten noch nicht äußern wolle und seinen Krankheitsurlaub nicht zu unterbrechen wünsche.

Die angeblich bereits gefällte Entscheidung über die Aufstellung einer westdeutschen Bundespolizei wurde sofort nach dem Bekanntwerden der Londoner Meldung von einigen prominenten Politikern kommentiert. Der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, begrüßte den gemeldeten Beschluß der Alliierten und bedauerte nur, daß — der ersten Londoner Meldung zufolge — „es lediglich fünftausend“ sein sollen. „Ich habe“, so sagte er, „jedoch die Hoffnung, daß wir auf dieser Basis die Polizei des Bundes weiter ausbauen können.“

Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Menzel, erklärte: „Ich begrüße die Entscheidung der Westmächte, der Bundesrepublik eine einheitliche Polizei zu geben. Ich bin aber ein wenig skeptisch, denn seit der ersten deutschen Forderung nach einer Bundespolizei und der jetzigen Genehmigung ist lange Zeit verstrichen.“

Dr. Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD, meinte in einem Gespräch mit United Press: „Wir freuen uns über diesen Beschluß, obgleich wir wußten, daß er eines Tages kommen mußte.“ Er wies die Öffentlichkeit darauf hin, daß die Bildung einer fünftausend Mann starken Bundespolizei nicht gleichbedeutend mit dem Neuaufbau militärischer Formationen sei.

Zur Zeit bestehen die Polizei-Einheiten in den elf westdeutschen Ländern aus 80 000 Mann. Sie sind lediglich mit Pistolen ausgerüstet. Automatische oder schwere Waffen stehen ihnen nicht zur Verfügung.

Die Polizeieinheiten der Ostzone seien, so wird in Bonn erklärt, dagegen einschließlich der sogenannten „Beretschafien“ über 200 000 Mann stark und zum Teil mit automatischen Waffen, mit Panzern, Granatwerfern und Infanteriegeschützen ausgerüstet.

Ein englischer Gegenvorschlag

Will London endgültig absagen? - Entlassung über Englands Haltung

Paris (UP). Die neueste britische Antwortnote auf die französische Einladung, an Verhandlungen über eine westeuropäische Stahl- und Kohlen-Union teilzunehmen, wurde dem französischen Außenminister Schuman durch Sir Oliver Harvey, den britischen Botschafter in Paris, überreicht.

Vertreter des britischen Foreign Office ließen durchblicken, daß die britische Antwortnote „einen neuen Vorschlag“ enthalte, der der französischen Regierung möglicherweise annehmbar erscheint. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß die britische Regierung nach wie vor auf folgende zwei Punkte bestehen müsse: 1. Ablehnung jeglicher vorzeitiger Verpflichtungen, den bei der geplanten Konferenz ausgearbeiteten Plan anzuerkennen, 2. starke Zurückhaltung gegenüber einer internationalen Behörde, wie sie von Außenminister Schuman zur Kontrolle der Kohlen- und Stahl-Union vorgeschlagen wurde.

Zusammen mit dem neuen Vorschlag wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich eine Möglichkeit finden lasse, die französisch-britischen Spannungen beizulegen. Wie verlautet, wurde der britische Plan von Außenminister Bevin mit Staatsminister Younger im Krankenhaus ausgearbeitet. Vor seiner Weitergabe nach Paris wurde er vom Kabinett gebilligt.

In Paris und Bonn wurde gemeinsam bekanntgegeben: „Das Communiqué der Mächte, die an der Konferenz teilnehmen werden, wird nicht vor Samstag veröffentlicht werden.“ Vorher hatte man angedeutet, daß das Communiqué, das in der vorigen Woche die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Großbritannien auslöste, schon am Freitagabend veröffentlicht werden sollte. Anschließend wollte man mit dieser Verschiebung der Veröffentlichung die neue britische

Note abwarten, in der Hoffnung, daß sie einen in letzter Minute unternommenen Versuch darstelle, die Kluft zwischen dem britischen und französischen Standpunkt zu überbrücken.

In Bonner Regierungskreisen hat die zögernde Haltung der britischen Regierung Enttäuschung und Erstaunen hervorgerufen.

Diplomatische Kreise in Bonn rechnen nach den Entwicklungen der letzten Stunden in Paris und London fest mit einem britischen Fernbleiben von der geplanten Westeuropäischen Stahl-, Eisen- und Kohleunion. Dabei wurde der Verdacht geäußert, daß der britische Widerstand nicht nur in dem bemängelten Fehlen der Einzelheiten oder der offenbar akuter werdenden britisch-französischen Spannung auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen sei, sondern vor allem in währungs- und innerspolitischen Problemen begründet liegt. Innerpolitisch hat die britische Regierung nach Ansicht von Bonner Politikern die Befürchtung, daß ihr sozialistisches Vollbeschäftigungsprogramm durch den Schuman-Plan beeinträchtigt und damit die gesamte Wirtschaftspolitik der Labour-Regierung gefährdet werden könne.

Auf Grund der neuen britischen Note hat die französische Regierung zunächst den Plan zurückgestellt, Vorbereitungen für die Bildung einer westeuropäischen Kohle- und Stahlpools ohne die Teilnahme Großbritanniens zu treffen. Außenminister Schuman und seine Berater haben den britischen Vorschlag sofort einem eingehenden Studium unterzogen. Auf französischer und britischer Seite wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der britische Vorschlag zu einer Entspannung zwischen London und Paris führen möge.

USA entwickelt neue Atomwaffen

Atomische Zündkappen für ferngesteuerte Geschosse - „Jedes Ziel in der Welt erreichbar“

Washington (ZHS). Die Vereinigten Staaten haben, wie hier verlautet, Atomgranaten und atomische Zündkappen für ferngesteuerte Geschosse entwickelt. Einzelheiten über diese neuen Waffen sind nicht bekannt. Militärische Sachverständige weisen jedoch darauf hin, daß die zerstörende Kraft der Atomspaltung mit diesen neuen Erfindungen jetzt gegen die Truppen des Gegners im Feld verwendet werden könne, anstatt wie bisher nur gegen Industriestiele.

Die neue Waffe verleihe auch der vor kurzem erfolgten Bekanntmachung, die amerikanische Marine werde Übungen zur Versenkung eines Kriegsschiffs durch ferngesteuerte

Geschosse durchführen, erhöhte Bedeutung. Schon vor einiger Zeit hatte der Chef für amerikanische Marineoperationen, Admiral Sherman, erklärt, die Marine habe diese ferngesteuerten Geschosse schnell entwickelt, daß sie sofort auf Schiffen montiert werden. Der stellvertretende amerikanische Luftfahrtminister bestätigte erst vor 14 Tagen, amerikanische Wissenschaftler seien jetzt mit Versuchen zur Herstellung eines ferngesteuerten Geschosses beschäftigt, das alle in Betracht kommenden Zielgebiete in der ganzen Welt erreichen könne.

Militärfachverständliche betonen jedoch, daß diese neuen Atomwaffen ihrer Ansicht nach

in Westeuropa oder in den Vereinigten Staaten stärkere Waffen der bekannten Art nicht ersetzen könnten.

Aus ähnlicher Quelle verlautet, daß kürzlich verbreitete Berichte, in denen davon gesprochen wurde, die zuständigen amerikanischen Behörden trügen sich mit der Absicht, die Arbeit an der Herstellung der Wasserstoffbombe einzustellen, in keiner Weise den Tatsachen entsprächen. Die entsprechenden Arbeiten würden fortgesetzt, obwohl einige Fachleute die Beförderung äußerten, daß die Wasserstoffbombe keine den zu ihrer Herstellung notwendigen Aufwand rechtfertigende militärische Bedeutung haben könnte.

Acheson vor Senat

Der amerikanische Außenminister Acheson beendete auf einer gemeinsamen Sitzung des Militär- und Außenausschusses des Senats die Vorlage des Präsidenten Truman über die Bewilligung von 1 22 000 000 Dollar für die Waffenhilfe an andere Staaten. „Der weitere Verlauf der Ereignisse in Südostasien, auf den Philippinen, in Korea, Japan und in ganz Asien ist“, so sagte er, „für die Sicherheit der USA von größter Bedeutung. Unsere Politik muß dazu führen, eine weitere Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern. Die Waffenhilfe ist dabei ein wesentliches Element, wenn sie zweckmäßig verwendet wird.“ Acheson erklärte weiter, daß die Waffenhilfe den Verbündeten der USA aus dem Nordatlantikkapital gewährt werde, ferner Iran, den Philippinen, Korea, Griechenland, der Türkei und „im nationalen Bereich von China“.

Neue Heimat für 55 000?

Ein gemeinsamer Ausschuß beider Häuser des Kongresses einigte sich auf die Kompromißvorlage einer Gesetzesvorlage, wonach bis zum 30. Juni nächsten Jahres 541 000 europäische Flüchtlinge, darunter 347 744 deutsche Ausgewiesene aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze und der Tschechoslowakei die Erlaubnis zur Einwanderung nach den Vereinigten Staaten erhalten sollen. Die Gesetzesvorlage wird jetzt dem Senat und dem Repräsentantenhaus zur Abstimmung zugeleitet.

Sechs Kilometer lange Autoschlange

Neue Verkehrsbehinderung bei Helmstedt
 Helmstedt (UP). Hunderte von Fahrzeugen warteten gegenwärtig bei Helmstedt auf die Abfertigung in Richtung Berlin, die sich so langsam abwickelt, daß fast von einer völligen Verkehrssperre gesprochen werden kann.

Die Personalfahrzeuge, die bisher bevorzugt abgenommen wurden, sind erstmalig genau so wie die Lastwagen von den Maßnahmen betroffen. Die Schlange der wartenden Autos ist sechs Kilometer lang. Stündlich werden nur zwei bis drei Wagen abgefertigt. Proteste des Grenzschutzes beim Interzonen-Handelsamt in Berlin sowie eines britischen Offiziers bei dem zuständigen sowjetischen Offizier blieben bisher ergebnislos. 349 Mitglieder der FDJ sind nach einer Meldung des „Berliner Stadtblatts“ bei den Massendemonstrationen zu Pfingsten ums Leben gekommen. Die Zeitung will ihre Informationen von zuverlässiger Seite erhalten haben. Das Informationsamt der Sowjetzone hingegen gab bekannt, nur wenige Jugendliche seien krank geworden. Zahlen wurden nicht veröffentlicht.

„Ich wünsche der deutschen Jugend, dem aktiven Erbauer des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands, neue Erfolge bei diesem großen Werk“, heißt es in einem Antworttelegramm, das Marshall Stalin an den Zentralrat der FDJ übersandte. Nach einem Bericht der sowjetmilitärischen „Täglichen Rundschau“ dankte Stalin gleichzeitig für die ihm übermittelten Grüße der Teilnehmer am FDJ-Pfingsttreffen in Berlin.

Zwischen Stoppluch und Wasserglas

Was man unter einem Langstreckenläufer versteht, dürfte allgemein bekannt sein. Was aber ein Langstreckenredner ist, wird erst deutlich, wenn man die neue Redner-Stoppluchanlage im Plenarsaal des Bundestages betrachtet.

Der Langstreckenläufer bemüht sich, eine abgemessene Strecke in möglichst guter Zeit zu bewältigen. Der Langstreckenredner dagegen muß sich bemühen, eine möglichst gute Rede in abgemessener Zeit zu bewältigen.

Startet im Plenarsaal ein Redner, so beginnt auch sofort die Stoppluch, vom Schriftführer als Teilnehmer betätigt, zu laufen. Die letzten fünf Runden (sprich Minuten) werden durch das Aufleuchten eines weißen Lichtes angezeigt. Geht der Langstreckenredner in die letzte Runde, so leuchtet eine zweite weiße Lampe auf. Wenn dann endlich das rote Schlußlicht erglöhkt, so muß der Redner — ob er will oder nicht — das Zeilband passieren.

Solche nach sportlichen Wettkampfbedingungen ausgetragene Reden stellen natürlich höchste Ansprüche an alle, die in Bonn das Wort ergreifen. In weiser Erkenntnis dessen wurde deswegen auch ein Manager engagiert, der sein Möglichstes dazu beitragen soll, um die Redner gut über die Runden zu bringen. Dieser Manager ist der „Bundestagswassergläser“. Er hat dafür zu sorgen, daß auf dem Rednerpult ständig ein Glas mit frischem Wasser steht. Das Wasserreservoir, aus dem das klare Naß zur Erquickung der Abgeordneten geschöpft wird, befindet sich — wie sinnvoll! — neben der Bundesfahne im Hintergrund des Saales.

Für die Betreuung der Redner wird also überhand getan. Weißes und rotes Schlußlicht wacht auf schwungvollen Schlußworten, ein hübler Trunk erfrischt die angestrengte Kehle. Hoffentlich tun die Redner auch alles für die Betreuung ihrer Wähler...

Lest die Ettliger Zeitung

Südwestdeutsche Nachrichten

Dentistenkongress und Dentalausstellung
 Karlsruhe (SWK). Im Rahmen des Deutschen Dentistenkongresses findet zur Zeit die Dentalschau als größte Fachausstellung dieser Art seit vielen Jahren statt. Über hundert Firmen aus dem ganzen Bundesgebiet und aus Berlin sind vertreten. Die Schau gibt den Besuchern einen Überblick über die Fortschritte der deutschen Dentalindustrie. Der Deutsche Dentistenkongress 1950 selbst wurde am 3. Juni mit einem Festakt anlässlich der 30-Jahr-Feier des Karlsruher Dentistischen Instituts beendet. Er verlief im festgelegten Rahmen. Wissenschaftliche Vorträge wechselten mit kulturellen Veranstaltungen und Stunden der Entspannung.

Religionspädagogische Lehrerkurse
 Karlsruhe (SWK). Das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg wird von Juni an für die katholischen Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen Nordbadens in Neckar- und Oberrhein-Landkreise Kurse veranstalten. Die Kurse, die getrennt für die einzelnen nordbadischen Landkreise angesetzt sind, stehen unter dem Leitgedanken „Die Aufgabe der christlichen Lehrerpersönlichkeit bei der Rettung des christlichen Menschenbildes unserer Zeit“. Im August soll außerdem ein Katechetischer Kurs zur Vorbereitung auf die zweite Prüfung für katholische Religionslehrer stattfinden.

Der Ehemann sollte verschwinden
 Karlsruhe (UP). Die Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe verurteilte den Angeklagten Richard Schweikert zu zwei Jahren Gefängnis, weil er einen deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion bei der sowjetischen Lagerleitung als Partei- und SA-Mitglied denunziert hatte. Schweikert unterhielt mit der Frau des Kriegsgefangenen ein Verhältnis. Der Gefangene wurde dennoch einige Monate später entlassen. Nach der Verkündung des Urteils ertränkten sich die Zuhörer über den Freispruch der Freundin des Angeklagten, die nach Meinung des Publikums ebenso schuldig war. Der Heimkehrer verzicht seiner Frau und ging mit ihr einträchtig nach Hause.

Langfinger stahlen „rechte“ Schuhe
 Karlsruhe (SWK). Eine große Enttäuschung erlebten unbekannte Diebe, die einen auf der Kaiserstraße abgestellten Personenkraftwagen erbrachen, um ein auf den hinteren Sitzen verlockend lagerndes Paket mit Schuhen zu entwenden. Unbeobachtet gelang auch der Raub und fröhlich wurde die Verknüpfung gelöst, wobei die Burschen vermutlich schon den Gewinn des gegliederten Fanges berechneten. Dann aber wurden ihre Gesichter lang und länger. Zum Vorschein kamen ausschließlich „rechte“ Schuhe. Dafür aber hat kein Mensch Verwendung. Nicht einmal die Diebe selbst.

Weinheims Oberbürgermeister in Amerika
 Weinheim a. d. B. Mit einer Reihe von Persönlichkeiten des kommunalen und öffentlichen Lebens fuhr am 1. Juni auch Oberbürgermeister Dr. Engelbrecht nach Amerika, um während eines vierwöchigen Aufenthalts die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten kennen zu lernen. Die deutschen Kommunalpolitiker werden u. a. die Verwaltungsakademie in Chicago besuchen. In Vertretung des abwesenden Oberbürgermeisters führt Bürgermeister Borman die Geschäfte der Stadtverwaltung.

Ein Nachspiel zum Boxkampf
 Mannheim. Zu den vielen Nachspielen, die der Boxkampf ten Hoff-Walcott nach sich zog — man denke an die zahlreichen ambulanten Händler, die auf ihren Esportionen und warmen Würtchen sitzen blieben, und an die Festbestimmung bei den Veranstaltungen — zu all diesen Begleiterscheinungen des großen Geschäfts einiger ausländischer Manager kommt nun noch die Klage des Franzosen Georges Carpentier. Er war von einem Angehörigen des Boxings als Richter bestellt und von Walcotts Managern abgelehnt worden. Sein Schadensersatzanspruch beläuft sich auf nur 19.400 DM, was bei der Bilanz des Mannheimer Boxings kaum noch eine

rolle spielt. Die Verhandlung vor dem Landgericht Mannheim wurde auf 21. Juni vertagt.

Uraufführung in Mannheim
 Mannheim. Am Sonntag wird die „Liederhalle“ Mannheim Badens größter Gesangverein mit einem großen Konzert an die Öffentlichkeit treten, in dem ein Chorwerk mit Orchester „Neuer Morgen“ von Musikdirektor Friedrich Gellert uraufgeführt wird. Das Palchorchester hat den musikalischen Teil des Programms übernommen.

Protest der Hausbesitzer an die Regierung
 Heidelberg (UP). Auf einer Kundgebung in Wiesloch bei Heidelberg gaben Hausbesitzer in einem Protestschreiben an die Bundes- und Landesregierung ihrem Mißfallen darüber Ausdruck, daß lediglich der Hausbesitzer, die Landwirtschaft und das Betriebskapital zum Lastenausgleich herangezogen wurde, nicht aber die Vermögenswerte der Post, der Bundesbahn, der Gewerkschaften und besonders der gemeinnützigen Wohnungunternehmer. Auch gegen die Soforthilfe und Gebäudeversicherung kam es zu scharfen Protesten, die in einer Resolution für Bonn und Stuttgart ihren Ausdruck fanden. Zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Haus- und Grundbesitzes forderten die Hausbesitzer eine Erhöhung der Mieten.

Armpotierter stirbt und ertrinkt
 Heidelberg (SWK). Ein armpotierter Mann glitt auf einer Mauer der Schleiße bei Neckargemünd aus, stürzte in den Neckar und ertrank. Der sofort herbeigeeilte Schleusenwärter konnte dem Verunglückten nicht mehr helfen. Bei dem Verunglückten handelt es sich vermutlich um einen Patienten der in der Nähe der Schleiße gelegenen orthopädischen Klinik.

Kein Einheits-Fremdenverkehrsverband
 Heidelberg (ZSH). Ein Antrag, den nordbadischen und südbadischen Fremdenverkehrsverband zu vereinigen, wurde auf der Mitgliederversammlung des badischen Fremdenverkehrsverbandes (nordbadische Zone) auf Wunsch der Mehrheit der Mitglieder abgelehnt. Die Frage einer Zusammenlegung beider Verbände wurde auf Antrag von Oberbürgermeister Dr. Swart, Heidelberg, einer späteren Zukunft überlassen.

Flugzeugteile in einem See gefunden
 Heidelberg (SWK). In einem kleinen See in der Nähe von Mannheim-Feudenheim wurden Flugzeugteile gefunden, die wahrscheinlich von einem amerikanischen Flugzeug vom Typ A 26 stammen. Nach Aussagen eines deutschen Bauern soll im Jahre 1945 in den See ein Flugzeug gestürzt sein. Sofort wurde da-

mit begonnen, das Flugzeugwrack nach menschlichen Überresten zu durchsuchen.

Blechtafel tötet einen Arbeiter
 Bretten (SWK). Beim Abladen von Blechplatten in einer Herdfabrik stürzte eine Tafel auf einen der Arbeiter und verletzte den Bedauernswerten so schwer, daß der Tod bald nach dem Unfall eintrat.

Bischof Dibelius kommt nach Pforzheim
 Pforzheim (SWK). Der Vorsitzende des Rats der Evangelischen Kirchen und Bischof von Berlin, D. Dr. Dibelius, wird am 5. Juni in Pforzheim über „Die Lage der Kirchen in Ost und West“ sprechen.

Noch nicht zurückgekehrt
 Rastatt. Die Zonenarchivzentrale hat festgestellt, daß von den Kriegsgefangenen aus Südbaden, die ihren Angehörigen Nachricht haben zukommen lassen, bisher 982 aus Rußland nicht zurückgekehrt sind.

Haftpflichtversicherung für die Jagd
 Freiburg. Der Innenminister hat verfügt, daß Voraussetzung für die Erteilung eines Jahresjagdscheins der Nachweis einer Haftpflichtversicherung ist.

Volksmusikfest in Villingen
 Villingen. Der Volksmusikverband Schwarzwald-Baar beging zu Pfingsten in Villingen sein erstes Verbandsfest, das mit einem Wertungsspiel verbunden war. Am Pfingstsonntag fand ein Festzug durch die festlich geschmückte Stadt, statt, bei dem auch die einheimischen Volkstrachten gezeigt wurden.

Raufbolde und Messerhelden
 Villingen (ZSH). In einer Gaststätte kam es zu einem Wortwechsel zwischen zwei Gästen, der bald zu einer Schlägerei ausartete. Letzten Endes griffen die Raufbolde zum Messer. Dabei erhielt ein 25jähriger Mann einen tiefen Stich in die Lunge und mußte schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Der andere Raufbold trug Stiche am Hinterkopf, am Bauch und am Daumen davon. Bevor er das Krankenhaus aufsuchte, stellte er sich der Polizei.

4000 Flüchtlinge im Kreis Donaueschingen
 Donaueschingen (ZSH). Aus dem Verwaltungsbericht des Kreises Donaueschingen geht hervor, daß die Zahl der Flüchtlinge im Kreisgebiet auf rund 4000 angewachsen ist. Die Gesamtzahl der vom Kreiswohlfahrtsamt unterstützten Personen beträgt seit 1. April 1950 1282.

Sonderbare Tierfreundschaft
 Pfortingen (ZSH). In der Nähe eines Hofes entdeckte der kleine Hund des Bauern

Unglaublicher Mangel an Vernunft und Takt

Wohleb antwortet Maier

Freiburg (UP). Der südbadische Staatspräsident Leo Wohleb wandte sich in einer Pressekonferenz mit Nachdruck gegen die jüngsten Erklärungen des württemberg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Maier zur Frage des Südweststaats. Wohleb bezog sich in erster Linie auf die Behauptung Dr. Maiers, Karlsruhe werde der französischen Besatzungszone angeschlossen, wenn sich die Bevölkerung der Stadt bei der Volksabstimmung gegen den Südweststaat äußere.

Diese Äußerungen bezeichnete der badische Staatspräsident als unverantwortlich. Maier habe damit den „Franzosenstreck“ wieder auflieben lassen. Die Argumente Dr. Maiers seien nichts anderes als Übertreibungen und Maßlosigkeiten. Sie bewiesen einen unglaublichen Mangel an Vernunft und Takt. Die unverantwortlichen Äußerungen Dr. Maiers seien gleichbedeutend mit der Bankrott-Erklärung der Südweststaat-Propaganda, denn wer darauf angewiesen sei, mit solchen üblen und bedenklichen Mitteln seine Sache zu verteidigen, habe sich so gut wie aufgegeben.

Die Regierung nimmt Stellung

Zu den Erklärungen von General Gross
 Stuttgart (SWK). Das württemberg-bad. Staatsministerium leitete in einem Pressekom-

muniqué mit, die Erklärungen von Ministerpräsident Dr. Maier vor dem Landtag über eine eventuelle Ausgliederung Karlsruhs aus dem amerikanischen Besatzungsgebiet hätten sich auf „häufige Besprechungen mit amerikanischen Besatzungsdienststellen“ in den letzten Jahren gestützt. Ferner liege den Erklärungen „eine vor kurzem gemachte Erklärung“ zugrunde, über die der Ministerpräsident dem Kabinett berichtet habe.

Dr. Maier hätte am 30. Mai vor dem württemberg-badischen Landtag erklärt, die Amerikaner seien geneigt, Karlsruhe aus dem amerikanischen Besatzungsgebiet zu entlassen, wenn sich die Bevölkerung der Stadt bei einer Abstimmung für die Wiederherstellung des alten Landes Baden entscheiden sollte. Der Landeskommissar für Württemberg-Baden, Charles P. Gross, hatte kurz danach darauf hingewiesen, daß er von keinem Vorgang wisse, der zu der Erklärung des Ministerpräsidenten berechtige.

Beim württemberg-badischen Staatsministerium war nicht zu erfahren, von welcher Stelle die in dem Kommuniqué erwähnte „Erklärung“ gemacht worden ist. Von seiten der Landeskommission wurde erneut betont, daß weder ein Vorgang noch eine Besprechung bei der Landeskommission oder bei der Hohen Kommission die Erklärung des Ministerpräsidenten vor dem Landtag rechtfertige.

eine Fähr mit drei Jungen. Er schloß Freundschaft mit den Fuchskindern und spielte und balgte mit ihnen. Zum Lohn dafür holte sich ein junger Reinecke ein Huhn, konnte es aber fast nicht tragen.

„Parlamentarier-Konferenz in Rheinfelden“
 Rheinfelden (ZSH). Auf Wunsch des französischen Außenministers Schuman hat Graf Coudenhove-Kalergi die zweite deutsch-französische Parlamentarier-Konferenz auf den 17., 18. und 19. Juni vertagt, um den französischen Sozialisten, die derzeit durch ihren Parteikongress festgehalten sind, die Teilnahme zu ermöglichen. Die französische Delegation umfaßt 50 Vertreter aller nichtkommunistischen Parteien. Die deutsche Delegation — die gleichfalls 50 Parlamentarier umfaßt — wird vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Dr. Heinrich von Brentano, geführt.

Beratungen der Körperbeschädigten
 Konstanz (ZSH). In Konstanz findet zur Zeit die Landeshaupttagung des Verbandes der Körperbeschädigten, Kriegs- und Arbeitsinvaliden sowie Hinterbliebenen e. V. statt, zu der zahlreiche Delegierte der Kreis- und Ortsverbände eingetroffen sind. Die Zusammenkunft dient der Erörterung aktueller Versorgungs- und Betreuungsprobleme, Unterrichtung über den derzeitigen Gesetzesstand, Bearbeitung von Regierungsanträgen u. dergl. Den Höhepunkt der Landestagung bildet eine am Sonntag im Kongressgebäude stattfindende öffentliche Kundgebung.

Eine hitzige Zigeunerfamilie

R. Bad Rappensau. Kurz vor der Eingemeindung der Teilgemeinde Zimmerhof schob das Heinsheimer Bürgermeisteramt eine mehrköpfige Zigeunerfamilie in den Zimmerhof ab, wogegen Bad Rappensau als nunmehr für diese Personen aufzukommende Gemeindeverwaltung beim Landratsamt Mosbach Protest erhob. Weil dieser Schritt nichts nützte, will Rappensau jetzt Dienstaufsichtsbeschwerden gegen das Landratsamt erheben. Um die Zigeunerfamilie nicht in der Blüthenstadt selbst werden zu lassen, haben die Rappensauer Gemeindeväter einen Wohnwagen angeboten. Das Familienoberhaupt der Sippe sagte nicht nein, er möchte selbst gern wandern, aber er verlangt noch zwei Pferde dazu. Das übersteigt vorläufig die finanzielle Kraft Rappensaus.

Großbrand in Tauberbischofsheim

Tauberbischofsheim (SWK). In der städtischen Turnhalle brach ein Großfeuer aus, das im Laufe der folgenden Stunden gelöscht werden konnte. Die Halle brannte vollständig aus. Die Firma Edeka, die die Turnhalle als Lagerraum benutzt, verzeichnete allein an Lebensmitteln einen Schaden von mehr als 50.000 D-Mark. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt. Es wird angenommen, daß sich das Feuer aus Ascheräten entwickelt hat, die von Anliegern an die Außenwand der Turnhalle geschüttet worden waren.

Zuchtbulle erzielt Rekordpreis

Schwäbisch Hall (SWK). Bei der letzten Zuchtviehabstammveranstaltung in Blauffelden konnte ein Bauer aus Kupfer im Kreis Schwäbisch Hall für einen erst 15 Monate alten Bullen den sensationellen Preis von 9400 DM erzielen. Im allgemeinen werden für Bullen nur 1500—1700 DM gezahlt.

„Schwarzer Vogel“ im Ofenrohr

Leonberg. Ein Leonberger Bürger bemerkte im Ofenrohr seines Wohnzimmers ein Ratscheln, das aber wieder aufhörte. Am anderen Tag dasselbe Geräusch. Man wollte nun doch wissen, was im Ofenrohr los ist. Als dieses herausgenommen wurde flatterte plötzlich ein „schwarzer Vogel“ im Zimmer herum, der an der frischgeputzten Decke und auf den schönen neuen Tapeten seine schwarzen Spuren hinterließ. Wie sich dann herausstellte, war der „schwarze Vogel“ eine Taube, die anscheinend den Kamin heruntergerutscht war und sich anschließend noch durch ca. vier Meter Ofenrohr gearbeitet hätte, um aus der unfreiwilligen Gefangenschaft herauszukommen. Nach Öffnung des Fensters flog die Taube wieder in die Freiheit.



„Eine ganz besondere Qualität...“

sagt Dr. Ing. D. A. MANNESMANN, Erfinder des Elektronen-Gerütes MULTIBLITZ

„Ich bin kein Kettensmoker“, sagt Dr. Mannesmann, „um so mehr aber lege ich Wert auf Qualität. Deshalb bin ich insbesondere bei meinen nächtlichen Forschungen und Planungen nie ohne Texas. Warum? Die Texas hat so viele Vorzüge, daß es schwer fällt, sie einzeln hervorzuheben: sie ist eben in allem die Zigarette, wie ich sie gern habe.“

» Duft und Süsse Virginias «